

des Vorstandes der
Partei der
hiv
Mitglieder



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 81-33

Fernschreiber 0 836 890

P/XVII/60 - 13. März 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>"Halbzeit" für Präsident Lübke</u> Umsicht - Tatkraft - Socktgefühl Günter Markschaffel	59
3	<u>Ein Rhönbauer sieht die Welt</u> Gut beobachtet und viel gelernt	30
4	<u>Blick zum Nachbarn:</u> <u>Bekämpfung der Wohnungsnot auch in Österreich</u> Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta	37
5 - 7	<u>Spanien und Europa</u> Von Salvador de Madariaga	145

+ + +
+ +

"Halbzeit" für Präsident Lübke

Unsicht -- Tatkraft -- Taktgefühl

G.M. - Am 13. September 1959 begann die Amtsperiode des Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke. Der Präsident kann jetzt also auf die "Halbzeit" seiner Amtstätigkeit zurückblicken; wir als Staatsbürger dürfen uns erlauben, eine Zwischenbilanz seines Wirkens zu ziehen.

Wer sich an das wenig schöne von Bundeskanzler Adenauer eingeleitete Vorspiel der Wahl des Nachfolgers von Altbundespräsident Professor Dr. Theodor Heuss erinnert, wird zugeben müssen, dass Präsident Lübke keinen leichten Start hatte. Belastet mit dieser Übergangshypothek, musste der neue Präsident zunächst den verschiedentlich aufgetretenen Eindruck beseitigen, man habe mit seiner Wahl lediglich eine der CDU genehme Verlegenheitslösung angestrebt. Das war gewiss nicht einfach für den Mann aus Westfalen, dessen Unkompliziertheit und Gradheit zu den am meisten an ihm gerühmten Eigenschaften gehörten.

Jetzt, nach zweieinhalb Jahren, darf wohl mit Fug und Recht gesagt werden, dass der seinerzeit unter so unschönen Begleitumständen gewählte Präsident mit Unsicht, Tatkraft und Taktgefühl seine hohe Repräsentationsaufgabe erfüllt. Selbst Parlamentarier, die ihn damals nicht wählten, sagen heute, er sei mit seinem Amt gewachsen, und mancher damalige Befürworter Lübkes meint, er sei unabhängiger und sehr viel selbständiger, als der eine oder andere ihn sich gewünscht hätte ...

Wir wissen sehr gut, dass sich Präsident Lübke vor seiner Wahl zum Präsidenten lange gegen die ihm zuge dachte Ehre gestäubt hat. Dieser einfache Mann erkannte, wie schwer es für ihn sein würde, an die Stelle des oft brillierenden Professor Theodor Heuss zu treten. Ihm war die Gabe der freien Rede weniger gegeben, als dem sehr redigewandten politischen Schriftsteller, Journalisten und Professor. Aber bald wurde man sich bewusst, dass der neue Präsident einen eigenen, seinen Stil, zu entwickeln fähig ist. Er brillierte keineswegs, seine Reden erhielten keine überraschenden Effekte; von ihnen strömte Bescheidenheit, um nicht

13. März 1962

zu sagen, bewusste Zurückhaltung, aber auch grundlegende Anständigkeit aus.

Was er sagte, hatte - wie es im Volksmund heisst - Hard und Fuss. Einfach formulierend und ohne in gewagte Gedankenkonstruktionen zu verfallen, fand er stets das richtige Wort; ein Wort, das beruhigend wirkte und Anspruch auf letzte Glaubwürdigkeit hatte. Die mahnerden Appelle des Bundespräsidenten, Fairness auch gegenüber dem politisch Andersdenkenden zu üben, sind in unserem Volke gewiss nicht ungehört verhallt.

Wenn Gelegenheit geboten wurde, Präsident Lübke bei seinen Auslandsreisen zu beobachten, kann sagen, dass dieser Mann mit seiner Gelassenheit und seinem bescheidenen Wesen manches ebnete, was - von Ausland her gesehen - an uns Deutschen noch uneben erschien. Wohl seine grösste politische Leistung für unser Volk vollbrachte Präsident Lübke im vergangenen Jahr anlässlich des Staatsbesuches in Paris. Er war der erste deutsche Präsident, der seit Dezennien stellvertretend für uns alle, den freien Teil Deutschlands in Frankreich repräsentierte. Lübke wirkte dort deshalb so gut, weil er sich so gab, wie er ist und damit das Gegenteil dessen repräsentierte, was sich viele Franzosen unter einem deutschen Staatsmann bis heute noch vorstellen mögen. Auch hier in Paris war es Lübkes Bescheidenheit, die eine unsichtbare Mauer der Zurückhaltung durchbrach.

Im innerdeutschen Staatsleben hat Präsident Lübke besonders in den unruhigen Zeiten nach der letzten Bundestagswahl eine beachtliche Leistung vollbracht. Sein Verhalten war unabhängig und - für jeden spürbar - souverän.

Das Amt des Präsidenten verbietet das unmittelbare Eingreifen in das politische Tagesgeschehen. Präsident Lübke hat gezeigt, dass er diesem Grundsatz treu ist und sich durch nichts und niemanden von der ihm durch das Amt gegebenen Verpflichtung abbringen lässt.

Ein Rhönbauer sieht die Welt

sp - Es ist sehr gut, wenn sich nicht nur Experten mit hohen Titeln, sondern auch einfache, unbekannte Menschen unseres Landes auf eine Weltreise begeben können. Das war dem Rhönbauer Gregor Handwerk und seiner Frau möglich, die eine Weltreise beim Wettbewerb einer Landmaschinenfabrik gewonnen hatten.

Was Herr Handwerk und seine Frau nach ihrer Rückkehr erzählten, ist zwar nicht neu, aber immer wieder aufschlussreich. Kurze Beobachtungen in vier Erdteilen genügten dem Rhönbauern Handwerk, versichern zu können, dass die deutsche Landwirtschaft sehr viel aufzuholen habe. Besonders bei seinen amerikanischen und englischen Berufskollegen hat Rhönbauer Handwerk gelernt, wie viel auf dem Gebiet der Veredelung, aber auch der Werbung für die veredelten Produkte in Deutschland noch getan werden müsse, um mit der internationalen Konkurrenz Schritt halten zu können.

Frau Handwerk hat auf ihrer Weltreise auch einiges erlebt. Die Rhönbauerin meinte, sie habe mit Erstaunen feststellen können, dass der Arbeitstag ihrer Berufskolleginnen in vielen anderen Ländern wesentlich kürzer sei als in Deutschland. Während sie beispielsweise täglich 14 bis 16 Stunden arbeiten müsse, sei in anderen Ländern der Welt schon längst der bäuerliche Acht-Stunden-Tag zur Selbstverständlichkeit geworden.

Solche Beobachtungen, von einfachen Menschen aus dem Berufsleben gemacht, sind doch sehr geeignet, uns alle nachdenklich zu stimmen. Die Bundesrepublik ist bekanntlich ein hochentwickeltes Industrieland. Hat man wirklich für die Menschen auf dem Lande alles getan, um Schritt halten zu können mit der Entwicklung eines modernen Industriestaates?

Rhönbauer Handwerk und seine Frau werden diese Frage gewiss mit Nein beantworten. Das kann man immer nicht verdenken, denn im Vergleich mit der Arbeits- und Lebensweise des Berufskollegen in einem anderen Lande findet man häufig erst den richtigen Standpunkt für die Beurteilung seiner eigenen Lage.

Blick zum Wochenende:

Bekämpfung der Wohnungsnot auch in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

Sozialistische Abgeordnete haben dieser Tage im österreichischen Parlament vier Initiativanträge eingebracht, die sich auf eine wirksamere Bekämpfung der Wohnungsnot beziehen. Damit ist der Streit um die Wohnungsfrage zu neuer Heftigkeit entfacht.

Mit ihren jüngsten Gesetzesanträgen will die SPÖ erreichen:

- 1.) Ab 1963 jeweils 2 Prozent des Staatshaushaltes zusätzlich für den Volkswohnbau,
- 2.) gesetzliche Vorkehrungen gegen die Bodenspekulation bei Assanierungsvorhaben,
- 3.) gesetzliche Maßnahmen zur Erleichterung der Baugrundbeschaffung und
- 4.) Schutz der Untermieter gegen wucherische Untermietzinse durch Festlegung eines Höchstprozentsatzes vom jeweiligen Wohnungsaufwand des Vermieters.

Wie in zahlreichen anderen Ländern bildet auch in Österreich die Wohnungsnot nach wie vor ein Hauptproblem. Der sozialistische Staatssekretär im Handelsministerium, Eduard Weikhart, hat dazu erst kürzlich festgestellt, dass die Wohnungsnot in den letzten zehn Jahren nicht geringer, sondern grösser geworden ist. Seit 1945 sind zwar in ganz Österreich rund 400 000 Wohnungen neu gebaut worden, doch beträgt der Fehlbestand an Wohnungen gegenwärtig etwa 500 000.

Die ÖVP will nun den Hausherren eine neue Zeit der Herrlichkeit erwirken; sie hat es ihnen mehrmals ausdrücklich versprochen. Während auf der einen Seite die Sozialisten darauf beharren, dass das Regierungsprogramm von 1959 verwirklicht wird, das den Bau von jährlich zusätzlichen 10 000 Wohnungen sowie ein Baugrundbeschaffungs- und Assanierungsgesetz vorsieht, strebt die ÖVP, wie sie sich ausdrückt, eine "Gesamtvereinbarung der Wohnungsfrage" an.

Darunter versteht sie die Koppelung ihrer Zustimmung zu Wohnbaumaßnahmen mit einer Zustimmung der SPÖ zur Erhöhung der gegenwärtigen Mietzinse auf das V i e r f a c h e. Das aber wird von den Sozialisten mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die Erhöhung der Mietzinse würde für viele arbeitende Menschen bei den heutigen österreichischen Löhnen und Gehältern einfach untragbar sein und in der Gesamtheit einen Betrag von ungefähr 2,5 Milliarden Schilling ausmachen. Die Sanierung des Altbaubestandes käme dabei zu kurz. So aber kann nur nach Auffassung der SPÖ das Wohnungsproblem nicht lösen.

Spanien und Europa

Von Salvador de Madariaga

Spaniens Diktator Franco hat dieser Tage wieder einmal behauptet, das von ihm regierte Land sei eine Demokratie. Der in London lebende Schriftsteller und Diplomat Salvador de Madariaga hat zu diesem Thema in der "Neue Zürcher Zeitung" einen Artikel veröffentlicht, der wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung gerade im Augenblick der Verhandlungen über den Eintritt Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft großes Interesse verdient. Madariaga ist nicht Sozialist; er gehört jedoch zu den erbittertesten Gegnern des Franco-Regimes. - Die Redaktion.

* * *

Spaniens Gesuch, Verhandlungen über den Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufzunehmen, ruft nach einer Prüfung der Frage nicht nur des Eintritts Spaniens in den Gemeinsamen Markt, sondern seines Wiedereintritts in Europa. Ja, wird man fragen, hat Spanien denn Europa je verlassen? Die Antwort muss bejahend sein, sofern wenigstens der Fragesteller in vollem Umfang begreift, was Europa bedeutet.

Fünfundzwanzig Jahre politischer Stabilität in Spanien zusammen mit dem wirtschaftlichen Wachstum, das sie ermöglicht hat, haben die Umrisse der Frage in den Augen von weniger gut unterrichteten Beobachtern verwischt. Das Regime in Spanien ist selbstverständlich nicht untätig geblieben. Einiges seiner Unternehmungen verdient volles Lob, darunter vor allem der Wiederaufbau zerstörter Städte und Dörfer, der mit Tatkraft und gutem Geschmack vorgenommen wurde. Andere Leistungen sind die Aufforstung und der Ausbau der Wasserkräfte, wobei zwar dieses letzte Unternehmen etwas gelitten hat unter zwei Katastrophen, die von einigen Beobachtern auf Korruption zurückgeführt wurden. Dass eine Anzahl nützlicher Arbeiter dem Staate zugute gehalten werden müssen, bedeutet aber noch keineswegs, dass das Regime frei von Fadel ist. Es wäre geradezu unmöglich gewesen, den natürlichen Fortschritt völlig aufzuhalten, der jedes gesunde Land allein dank seiner Existenz macht. Die Frage, ob das spanische Regime würdig ist, Europa beizutreten, bleibt also offen.

Europa ist gleichbedeutend mit christlich-sokratischer Tradition. Es bedeutet eine Lebensauffassung, in der das Individuum Achtung genießt, denken kann, was es will, nach Lust und Laune reisen und sich nach seiner Neigung mit anderen verbinden kann. Es ist auch gleichbedeutend mit einer Welt, in der der Mensch dem Menschen mit Menschlichkeit begegnet. Keiner dieser Grundbegriffe europäischen Lebens gilt in Spanien. Man kann einwenden, dass dann und wann in diesen oder jenen Ländern Europas gegen sie verstoßen wird. Aber es muss doch eine Verletzung von Rechten sein, was ihre Gegenwart beweist und dass sie allgemein gültig sind. In Spanien braucht man diese Grundrechte nicht zu verletzen, weil sie nicht in Geltung sind. Das spanische System ist das Gegenteil der christlich-sokratischen Tradition. Es gibt dort keine Freiheit, und es gibt keine Caritas.

Was die Freiheit anbelangt, so genügt es, daran zu erinnern, dass es keine freie Presse gibt, kein Parlament in wirklicher Sinne des Wortes, keine Gewerkschaften, keine Vereinsfreiheit, keinen Rechtsschutz gegen Übergriffe der Polizei, des Militärs oder irgendeiner Regierungsstelle. Was die menschlichen Beziehungen anbelangt, ist Spanien neben Portugal das Land im Westen, in dem der Unterschied zwischen Reich und Arm am größten ist. Weder der spanische Grundbesitzer, noch der spanische Kapitalist hat die Bewegung mitgemacht, die in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg eine so ungeheure Aufgeschlossenheit im Sinne der staatsbürgerlichen und sozialen

Verantwortung gezeigt hat. Der Landarbeiter wird nicht nur vom Landhunger geplagt, sondern vom physischen Hunger, und die Kapitalgewinne sind die höchsten und am wenigsten mit Steuern belasteten in ganz Europa.

Das ist aber, obwohl von grosser Tragweite, nicht der unchristlichste Zug des Regimes. Die Kombination der antisokratischen und der antichristlichen Elemente im Regime führt zur Verweigerung der elementarsten Menschenrechte. Da aber die NATO, der Europarat und die EWG sich alle ausdrücklich auf die christlich-sokratische Tradition berufen, aus der die liberale Demokratie entsprungen ist, würde die Zulassung Spaniens zum Gemeinsamen Markt nur die Zweifel stärken, die durch die Mitgliedschaft Portugals bei der NATO hervorgerufen werden. Das wäre zwar schlimm, aber bei weitem nicht die schlimmste Folge einer Zulassung Spaniens.

Es ist klar, worum es geht: Die Einheit Europas ist unerlässlich, um der kommunistischen Gefahr entgegenzutreten. Warum aber sind wir gegen den Kommunismus? Sicherlich nicht wegen seiner wirtschaftlichen Glaubenssätze, seines sogenannten "Marxismus", denn es befinden sich Millionen von Marxisten oder Halbmarxisten in Gestalt unserer Sozialisten auf unserer Seite der Barrikade. Wir sind gegen den Kommunismus, weil er der christlichen und demokratischen Tradition von Freiheit und Menschlichkeit widerstreitet, also genau das, was das gegenwärtige spanische Regime tut. Wenn wir also Spanien unter seinem heutigen Regime in die europäische Institutionen aufnehmen, zerstören wir die Grundlage unseres Kampfes gegen den Kommunismus.

Das aber würde dem Kommunismus ein mächtiges Argument in die Hände spielen. Es ist wesentlich, dass die öffentliche Meinung Europas erkenne, dass das gegenwärtige Regime in Spanien, weit davon entfernt, ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu sein, wie so oft behauptet wird, den Kommunismus tagtäglich fördert. Hier einige Gründe für diese Tatsache, die jeder unvoreingenommene und unterrichtete Beobachter bestätigen kann:

Das Regime duldet keine politischen Parteien. Die einzige politische Partei, die gedeihen kann, ist deshalb die an Untergrundtätigkeit gewöhnte und jeder finanziellen Sorge entthobene Partei - die kommunistische.

Die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm fördert den Kommunismus.

Wenn irgendeine Erhebung oder irgendein Angriff auf das Regime vorkommt, wird er von den Behörden als "kommunistisch" bezeichnet. Das macht die Kommunisten populär.

Das spanische Volk hört keine spanische Stimme, die das Regime angreift und seine Freiheiten verteidigt, sondern nur diejenigen der kommunistischen Radiostationen. Es muss deshalb annehmen, dass ausserhalb Spaniens nur die Kommunisten für seine Freiheit eintreten.

Das spanische Volk weiss, dass das Regime Glückwunschtelegramme an den japanischen Admiral sandte, der die amerikanische Flotte in Pearl Harbour zerstörte, und an den philippinischen Quisling Laurel, der in den Philippinen im Namen Japans herrschte. Jetzt sieht es amerikanische Admirale und Staatssekretäre Arm in Arm mit dem Regime. Das löst eine gefühlsmäßige Kettenreaktion aus, die sowohl primitiv, gefährlich ist. Sie lautet etwa so: "Ich bin gegen das Regime. Amerika ist dafür. Ich bin deshalb gegen Amerika. Also bin ich für die Sowjetunion."

Demnach bewegt sich Westeuropa heute in zwei entgegengesetzten Richtungen. Nördlich der Pyrenäen in Richtung auf eine lose Föderation oder Zusammenarbeit von Staaten, die auf die christlich-sokratische Tradition von *Freiheit* und *Caritas* gründen. Südlich der Pyrenäen geht die Entwicklung auf die endgültige Auseinandersetzung zwischen zwei Formen des politischen Lebens hin, die beide der europäischen Tradition feindlich gegenüberstehen, zwischen der faschistisch-militaristischen und der kommunistisch-polizeistaatlichen. Wenn diese Auseinandersetzung sich selbst überlassen wird, kann sie nur zu einem kommunistischen Spanien oder zu einer anderen Militärdiktatur führen, oder aber zu einem Unentschieden oder sogar einem Bündnis beider Seiten, da ja der Kommunismus politisch vom Faschismus nicht weit entfernt ist und der Faschismus in seiner Wirtschaftsauffassung nicht weit vom Kommunismus.

Südlich der Pyrenäen sind die spanischen Europäer bedrängt, aus der Gemeinschaft ausgestossen, geknebelt, eingesperrt, gefoltert und oft als Kommunisten verschrien. Sie fühlen sich von den Europäern im Wortem verraten. Die nichtspanischen Westeuropäer können zwar darauf hinweisen, dass die Spanier schliesslich selber für ihren eigenen Bürgerkrieg verantwortlich sind. Aber auch sie tragen einen Teil der Verantwortung an diesem Bürgerkrieg und seinen Folgen. Frankreich und Grossbritannien hätten ihre Nichtinterventionspolitik ergänzen müssen durch eine aktive Intervention für einen Friedensschluss. Sofern sie es nicht taten, tragen sie mit an der Verantwortung für den gegenwärtigen Zustand Spaniens. Italien und Deutschland tragen eine noch schwerere Verantwortung, denn ohne die Hilfe von Hitler und Mussolini wäre der Bürgerkrieg viel schneller zu Ende gegangen.

Aber die Pflicht Westeuropas, etwas für Spanien zu tun, ist nicht nur eine Pflicht zur Wiedergutmachung früherer Fehler. Sie gründet sich auf den gesunden Menschenverstand, auf die Forderungen der Zukunft und die höchsten Interessen Europas. Es hat keinen Sinn, dass die Sechs oder die Sieben oder die Sechs und die Sieben sich so sehr um den Aufbau eines freien, geeinigten Europas bemühen, wenn sie gleichzeitig den wichtigsten Teil des Kontinents unter einer faschistisch-militaristischen Diktatur vermodern oder in die Hand des Kommunismus fallen lassen. Solange das gegenwärtige Regime dauert, wird es die Zuflucht aller Antieuropäer sein, für die als Beispiele und Symbole Degrelle, Salan und Skorzeny genannt werden können.

Aber das ist nur ein Symptom der Krankheit. Die Krankheit sitzt tiefer: Ist Europa der Freiheit gegenüber so gleichgültig, dass es dem Verlust der Freiheit von 35 Millionen Europäern in seiner iberischen Provinz teilnahmslos gegenübersteht? Ist Europa europäisch? Europa kann nicht entstehen, solange es nicht als Europa handelt; es wird sich nicht vereinigen, es sei denn mit einem bestimmten Ziel; es wird nicht überleben, wenn es nicht einsieht, dass, sofern nichts unternommen wird, sein Tod von Spanien herkommt.

Verantwortlich: Günter Markschaffel